## BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag

18. Wahlperiode

## Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Februar 2012

Auswirkungen bundespolitischer Steuergesetzgebung der Jahre 2007 bis 2011 auf die Einnahmen des Landes Bremen und der Kommunen Bremen und Bremerhaven bis zum Jahr 2015

Das Land Bremen und seine beiden Kommunen Bremen und Bremerhaven befinden sich auf einem fiskalischen Konsolidierungsweg, um die Haushalte nachhaltig strukturell zu sanieren und perspektivisch ab 2020 die Schuldenbremse einhalten zu können

Die Auswirkungen der bundespolitischen Steuergesetzgebungen, wie z. B. der Unternehmensteuerreform 2008, des Bürgerentlastungsgesetzes, der steuerrechtlichen Bestandteile der Konjunkturpakete I und II, des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes sowie des Steuervereinfachungsgesetzes, führten und führen jedoch zu massiven Einnahmeverlusten auch in unserem Bundesland. Das geplante Gesetz zum Abbau der kalten Progression, das gerade in der Beratung zwischen Bundestag und Bundesrat ist, würde weitere Mindereinnahmen für das Land Bremen nach sich ziehen.

## Wir fragen den Senat:

- Wie hoch sind die Einnahmeverluste im Land Bremen und in den beiden Kommunen (aufgeteilt) durch die jeweiligen bundespolitischen Steuergesetzgebungen seit dem Jahr 2007, gestaffelt nach den einzelnen Gesetzen und den Steuerarten (vollständig) in ihren Auswirkungen für die Jahre 2008 bis 2011, und wenn darstellbar, perspektivisch bis zum Jahr 2015?
- Liegen Schätzungen darüber vor, welche Auswirkungen die Anwendung des geplanten Gesetzes zum Abbau der kalten Progression für die Einnahmen des Landes Bremen in den Jahren 2013 bis 2015 hätten?
- 3. Gab oder gibt es im Gegenzug Regelungen, bei denen die Länder und Kommunen mittlerweile über Steuern oder Steueranteile verfügen können, die vorher Einnahmen des Bundes waren? Wenn ja, welche, ab wann und in welcher Höhe?
- 4. Gibt es bereits Untersuchungen und/oder Schätzungen über die Verteilungswirkung der bundesgesetzlichen Steuergesetze bzw. Steuerregelungen seit 2007? Für Privathaushalte welcher Größe und welcher Einkommenshöhen haben sich Entlastungen eingestellt? Auf welche bestimmten Unternehmensgrößen, auf welche Branchen wirken die oben genannten bundesgesetzlichen Regelungen im besonderen Maße?

Dr. Hermann Kuhn,

Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dazu

## Antwort des Senats vom 8. Mai 2012

 Wie hoch sind die Einnahmeverluste im Land Bremen und in den beiden Kommunen (aufgeteilt) durch die jeweiligen bundespolitischen Steuergesetzgebungen seit dem Jahr 2007, gestaffelt nach den einzelnen Gesetzen und den Steuerarten (vollständig) in ihren Auswirkungen für die Jahre 2008 bis 2011, und wenn darstellbar, perspektivisch bis zum Jahr 2015?

Retrospektives Datenmaterial über die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen der bundespolitischen Steuergesetzgebung in ihrer Gesamtheit liegt nicht vor. Unter Zugrundelegung der in den Gesetzgebungsverfahren verwendeten Finanztableaus in der Fassung der Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages lassen sich für den genannten Zeitraum prognostizierte Gesamtauswirkungen nach Länderfinanzausgleich von geschätzt rd.

- 749,47 Mio. € (Land Bremen),
- 299,71 Mio. € (Gemeinden)

ermitteln. Zugrunde gelegt wurden hierbei die Auswirkungen für die in den Tableaus ausgewiesenen Zeiträume (in der Regel fünf Jahre) ohne Fortschreibung für spätere Jahre, da diese in einem nicht mehr prognostizierbaren Umfang durch nachfolgende Gesetzesänderungen beeinflusst werden. Hinsichtlich der Aufschlüsselung nach den einzelnen Gesetzen wird auf die beigefügten Anlagen 1 bis 10 verwiesen.

Eine Aufschlüsselung nach Steuerarten enthalten die Finanztableaus nicht durchgehend. Daher wird von einer entsprechenden Darstellung abgesehen.

Gleiches gilt für eine Aufschlüsselung nach einzelnen Gemeinden, da das Einnahmeverhältnis der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhavens zueinander bei den einzelnen Steuerarten differiert und auch hierfür eine entsprechende Aufschlüsselung erforderlich wäre.

2. Liegen Schätzungen darüber vor, welche Auswirkungen die Anwendung des geplanten Gesetzes zum Abbau der kalten Progression für die Einnahmen des Landes Bremen in den Jahren 2013 bis 2015 hätten?

Durch das Gesetz zum Abbau der kalten Progression können für das Land Bremen und die Gemeinden Minderungen der Einnahmen in folgender Höhe angenommen werden:

2013 - 6,85 Mio. €, 2014 - 19,05 Mio. €, 2015 - 22,21 Mio. €.

3. Gab oder gibt es im Gegenzug Regelungen, bei denen die Länder und Kommunen mittlerweile über Steuern oder Steueranteile verfügen können, die vorher Einnahmen des Bundes waren? Wenn ja, welche, ab wann und in welcher Höhe?

Eine Änderung der Ertragshoheit hat sich lediglich hinsichtlich der Kfz-Steuer von den Ländern auf den Bund ergeben. Den Ländern steht ab dem 1. Juli 2009 infolge der Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund ein Betrag aus dem Steueraufkommen des Bundes zu. Für 2009 sind dies für die Länder 4 570 882 000 € und ab 2010 jährlich 8 991 764 000 €.

Änderungen des Umsatzsteuerschlüssels zulasten des Bundes sind mehrfach zur Kompensation von Kindergeldanpassungen vorgenommen worden. Diese in den Finanztableaus ausgewiesenen Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes sind bereits in den Zahlen laut Antwort 1 eingearbeitet. Eine weitere Kompensation ist im Entwurf des Gesetzes zum Abbau der kalten Progression vorgesehen (ebenfalls berücksichtigt).

Nicht ausgewiesen ist eine Änderung des Umsatzsteuerschlüssels nach dem Gesetz zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (2008). Diese Änderung ist erst im Vermittlungsverfahren beschlossen worden; die exakten Auswirkungen auf die Steuereinnahmen wurden nicht veröffentlicht.

4. Gibt es bereits Untersuchungen und/oder Schätzungen über die Verteilungswirkung der bundesgesetzlichen Steuergesetze bzw. Steuerregelungen seit 2007? Für Privathaushalte welcher Größe und welcher Einkommenshöhen haben sich Entlastungen eingestellt? Auf welche bestimmten Unternehmensgrößen, auf welche Branchen wirken die oben genannten bundesgesetzlichen Regelungen im besonderen Maße?

Analysen über Verteilungswirkungen in dem l<br/>t. Anfrage erwünschten Umfang existieren nicht.

Die Höhe der Entlastungen der Privathaushalte ist entsprechend der Tarifsystematik des Einkommensteuerrechts abhängig von der Höhe des zu versteuernden Einkommens, der persönlichen Verhältnisse der Bürger und der Anzahl der zu berücksichtigenden Kinder.

Die Unternehmensgrößen können insoweit die Auswirkungen der Steueränderungen beeinflussen, als großen Unternehmen in der Regel ein breiteres Anwendungsspektrum zur Verfügung steht, im Rahmen dessen sich mehrere Entlastungstatbestände nebeneinander auswirken können. Kleinere Unternehmen kommen dagegen oft nur in den Genuss einzelnen Entlastungen (z. B. Anlagevermögen mit entsprechenden Abschreibungsmöglichkeiten ist geringer).

Im Folgenden werden beispielhaft Verteilungswirkungen der jeweils am stärksten aufkommensmindernden Gesetze dargestellt (Auswirkung auf Land und Gemeinden summiert über 50 Mio.  $\in$ ).

Gesetz	Jahr	Auswirkung in Mio. €	Begünstigt
Unternehmensteuer- reformgesetz 2008	2007	2008 bis 2012 Land - 134,01 Gemeinden - 15,65 (siehe Anlagen 3 + 4)	<ul> <li>Aktiengesellschaften,</li> <li>GmbHs infolge der Absenkung des KSt-Satzes</li> <li>Kapitalanleger mit hohem Steuersatz wegen der Einführung der Abgeltungsteuer</li> </ul>
Konjunkturpaket I Maßnahmenpaket "Beschäftigungssiche- rung durch Wachs- tumsstärkung"	2008	2009 bis 2013  Land - 66,3  Gemeinden - 52,3 (siehe Anlagen 5 + 6)	<ul> <li>Handwerksbetriebe und Privathaushalte durch er- weiterten Abzug von Hand- werkerleistungen</li> <li>Unternehmen durch Wie- dereinführung der degressi- ven Abschreibung</li> <li>Familien durch Kinder- gelderhöhung</li> <li>Kleine und mittlere Unter- nehmen durch Möglichkeit der Inanspruchnahme von Investitionsabzugsbeträgen</li> </ul>
Bürger- entlastungsgesetz	2009	2009 bis 2013 Land - 175,09 Gemeinden - 67,21 (siehe Anlagen 7 + 8)	– Versicherte wegen der er- höhten Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegever- sicherungsbeiträgen
Gesetz zur Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungs- pauschale	2009	2009 bis 2013 Land - 64,83 Gemeinden - 22,88 (siehe Anlagen 7 + 8)	– Pendler erhalten wieder die Fahrtkosten ab dem 1. Kilometer angerechnet
Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutsch- land (Konjunktur- paket II)	2009	2009 bis 2013 Land - 108,6 Gemeinden - 41,48 (siehe Anlagen 7 + 8)	<ul> <li>Alle Bürger durch Verbesserung des ESt-Tarifs/Anhebung des Grundfreibetrags</li> <li>Familien erhalten eine Einmalzahlung (Kinderbonus)</li> </ul>
Wachstumsbeschleuni- gungsgesetz	2009	2010 bis 2014 Land - 104,98 Gemeinden - 71,24 (siehe Anlagen 7 + 8)	<ul> <li>Kapitalgesellschaften durch erweiterte Verlust- vortragsmöglichkeit</li> <li>Familien durch die Erhö- hung der Kinderfreibeträ- ge und des Kindergeldes</li> <li>Hotel- und Gasthofbetrei- ber durch Senkung des USt- Satzes auf 7%</li> </ul>

Anlage1	
Gesetzgebung 2007-2011	
and Bremen	

		:	(Steuermehr-	(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)	ıahmen (-) in	Mio. €)		
	2008	Auswirkungen 2009 E	Auswirkungen auf die Jahre 2009 6	2011	2012	2013	2014	2015
	W	V	ħ	ħ	W	V	W	Ŋ
Gesetzgebung 2007	-26,57	-30,16	-31,29	-25,62	-17,54			
Gesetzgebung 2008	-0,15	-23,76	-34,85	-35,01	-28,87	-19,05		
Gesetzgebung 2009		-52,06	-77,55	-101,26	-95,25	-105,52	-22,21	
Gesetzgebung 2010			0,24	-0,32	1,52	2,50	2,48	-1,20
Gesetzgebung 2011				3,48	12,05	-4,80	-17,49	-21,21
Auswirkungen gesamt	-26,72	-105,98	-143,45	-158,73	-128,09	-126,87	-37,22	-22,41

Land Bremen

Summe der Gesamtauswirkungen der Gesetzgebung 2007-2011 auf die Jahre 2008-2015 -749,47 Mio. €

-749,47	-299,71	
Land Bremen	Gemeinden	

Gemeinden		Gesetzgebung 2007-2011	g 2007-2011						Anlage 2
	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·		/ -mindereinr	ahmen (-) in	Mio. €)				
	Auswirkungen 2008	i aui die Janie 2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
	Ψ	Ψ	Ψ	₩	¥	Ψ	Ψ	€	
Gesetzgebung 2007	-8,86	-6,73	-6,80	-2,76	3,52				
Gesetzgebung 2008		62'6-	-20,57	-21,02	-14,81	-4,18			
Gesetzgebung 2009		-18,26	-36,76	-43,90	-45,51	-44,91	-14,75		
Gesetzgebung 2010			60'0-	-0,52	-0,48	-0,14	-0,20	-0,33	
Gesetzgebung 2011					-0,12	-0,30	-0,60	-0,84	
Auswirkungen gesamt	-8,86	-34,78	-64,22	-68,20	-57,40	-49,53	-15,55	-1,17	

Gemeinden

Summe der Gesamtauswirkungen der Gesetzgebung 2007-2011 auf die Jahre 2008-2015 -299,71 Mio. €

Land Bremen		Gesetzgebung 2007	3 2007				Anlage 3
		(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)	/ -mindereinn	ahmen (-) in I	Mio. €)		
		2008	2009	2010	2011	2012	gesamt 08-12
		⊕	€	Ψ	⊕	Ψ	₩
REIT-Gesetz	Gesamt	3,09	3,18	1,32	0,53		8,12
(Real Estate Investment Trust-Gesetz) Unternehmensteuerreformgesetz	Gesamt	-28,75	-31,55	-31,34	-24,60	-17,77	-134,01
4. Gesetz z. Änd. d. Kfz-Steuer Gesetzes	Gesamt	-0,10		0,55	0,30		0,75
Gesetz z. weiteren Stärkung des bürgersch. Engagements	Gesamt	-1,17	-1,94	-1,97	-1,99		-7,07
Jahressteuergesetz 2008	Gesamt	0,36	0,15	0,15	0,14	0,23	1,03
Auswirkungen der Gesetzgebung 2007	' gesamt	-26,57	-30,16	-31,29	-25,62	-17,54	-131,18

Gemeinden		Gesetzgebung 2007	g 2007				Anlage 4
		( <b>Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)</b> 2008 2010 2011	/ -mindereinn 2009	l <b>ahmen (-) in</b> l 2010	<b>Mio. €)</b> 2011	2012	gesamt 08-12
REIT-Gesetz (Real Estate Investment Trust-Gesetz)	Gesamt	0,59	0,37	-0,19	-0,80	ħ	-0,03
Unternehmensteuerreformgesetz	Gesamt	-8,76	-5,66	-5,07	-0,33	4,17	-15,65
Gesetz z. weiteren Stärkung des bürgersch. Engagements	Gesamt	-0,53	-0,89	-0,89	-0,94		-3,25
Jahressteuergesetz 2008	Gesamt	-0,16	-0,55	-0,65	69'0-	-0,65	-2,70
Auswirkungen der Gesetzgebung 2007	7 gesamt	-8,86	-6,73	-6,80	-2,76	3,52	-21,63

Land Bremen		Gesetzgebung 2008	g 2008					Anlage 5
		( <b>Steuermehr-</b> 2008 €	(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €) 2008 2010 20 £ £ £	ahmen (-) in I 2010 £	Mio.€) 2011 €	2012 E	2013 E	ges. 08-13
Jahresteuergesetz 2009	Gesamt	Ų	-1,68	-2,15	-2,32	-2,34	-2,34	-10,83
Konjunkturpaket I Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung	Gesamt		-6,62	-19,23	-20,63	-14,18	-5,64	-66,3
Steuerbürokratieabbaugesetz (geringfügige Mindereinnahmen durch	Gesamt	-0,15	-1,41	0,02	0,02	0,02		-1,50
Finanzausschuss) Gesetz zur Modernisierung des Wagniskapitalmarktes (MoRaKG)	Gesamt		-0,21	-0,71	-1,00	-1,23		-3,15
Eigenheimrentengesetz	Gesamt		-0,18	-0,36	-0,44	-0,51		-1,49
Erbschaftssteuerreformgesetz	Gesamt		4,10	-2,85	-1,19	-1,18	-1,62	-10,94
Gesetz z. Förderung. v. Familien u. haushaltsnahen Dienstleistungen <mark>Zahlen vor Vermitlungsausschuss</mark>	Gesamt		-9,56	-9,57	-9,45	-9,45	-9,45	-47,48
Auswirkungen der Gesetzgebung 2008 gesamt	8 gesamt	-0,15	-23,76	-34,85	-35,01	-28,87	-19,05	-141,69

Gemeinden		Gesetzgebung 2008	g 2008				Anlage 6
		(Steuermehr- 2009	( <b>Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)</b> 2009 2010 2011	lahmen (-) in 2011	Mio. €) 2012	2013	ges. 09-13
Jahresteuergesetz 2009	Gesamt	€ 1,74	1,16	€ 0,63	€ 0,62	€ 0,62	4,77
Konjunkturpaket l Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung	Gesamt	-7,36	-16,96	-16,55	-10,03	-1,40	-52,30
SteuerbürokratieabbauG (geringfügige Mindereinnahmen durch	Gesamt	-0,06					-0,06
Finanzausschuss) Gesetz zur Modernisierung des Wagniskapitalmarktes (MoRaKG)	Gesamt	-0,66	-1,27	-1,58	-1,85		-5,36
Eigenheimrentengesetz	Gesamt	-0,07	-0,13	-0,16	-0,18		-0,54
Erbschaftsteuerreformgesetz	Gesamt			-0,02	-0,03	-0,06	-0,11
Gesetz z. Förderung. v. Familien u. haushaltsnahen Dienstleistungen	Gesamt	-3,38	-3,37	-3,34	-3,34	-3,34	-16,77
Zahlen vor Vermittlungsausschuss Auswirkungen der Gesetzgebung 2008 gesamt	gesamt	-9,79	-20,57	-21,02	-14,81	-4,18	-70,37

Land Bremen	Gesetzgebung 2009	g 2009					Anlage 7
	(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)	/ -mindereinn	ahmen (-) in l	Λio. €)			
	2009 €	2010 €	2011 €	2012 €	2013 €	2014	gesamt €
Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung	-9,94	-37,74	-44,73	-35,69	-46,99		-175,09
Gesetz z. Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungspauschale	-21,91	-12,32	-10,20	-10,20	-10,20		-64,83
Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz	-0,04	-0,58	62'0-	-0,92	-0,92		-3,25
Gesetz z. Sicherung v. Beschäftigung u. Stabilität	-20,17	-13,73	-24,36	-24,94	-25,40		-108,6
ın Deutschland (Nonjunkturpaket II) Begleitgesetz z. 2. Föderalismusreform		0,40	0,82	0,84	0,84		2,90
Wachstumsbeschleunigungsgesetz		-13,58	-22,00	-24,34	-22,85	-22,21	-104,98
Auswirkungen der Gesetzgebung 2009 gesamt	-52,06	-77,55	-101,26	-95,25	-105,52	-22,21	-453,85

Gemeinden	Gesetzgebung 2009	2009					Anlage 8
	(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)	-mindereinn	ahmen (-) in N	/lio. €)			
	2009 €	2010 €	2011 €	2012 €	2013 €	2014 €	gesamt €
Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung	-3,26	-15,59	-16,46	-15,30	-16,60	,	-67,21
Gesetz z. Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungspauschale	-7,73	-4,35	-3,60	-3,60	-3,60		-22,88
Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz	-0,15	-0,21	-0,28	-0,32	-0,32		-1,28
Gesetz z. Sicherung v. Beschäftigung u. Stabilität in Deutschland (Konjunkturpaket II)	-7,12	-7,96	-8,61	-8,81	-8,98		-41,48
Wachstumsbeschleunigungsgesetz		-8,65	-14,95	-17,48	-15,41	-14,75	-71,24
Auswirkungen der Gesetzgebung 2009 gesamt	-18,26	-36,76	-43,90	-45,51	-44,91	-14,75	-204,09

Land Bremen	Gese	Gesetzgebung 2010					Anlage 9
	(Steuermehr-	(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)	men (-) in	Mio. €)			
	2010 €	2011 €	2012 €	2013 €	2014 €	2015 €	gesamt €
Jahressteuergesetz 2010	,	-3,38	-2,21	-1,20	-1,20	-1,20	-9,19
Gesetz z. Umsetzung steuerl. EU-Vorgaben sowie z.Änd. steuerl. Vorschriften	0,24	0,92	0,82	62'0	22.0		3,54
Haushaltsbegleitgesetz 2011		2,14	2,91	2,91	2,91		10,87
Auswirkungen d. Gesetzgebung 2010	0,24	-0,32	1,52	2,50	2,48	-1,20	5,22
	ese5	Gesetzgebung 2011 2011	2012	2013	2014	2015	gesamt
3. Gesetz z. Änd. d. Umsatzsteuergesetzes Länder/Gemeinden zus.	zes	щ	€ -5,13	M	II)	Ψ	-5,13
Beitreibungsrichtlinien-Umsetzungsgesetz Länder/Gemeinden zus.	setz	3,48	2,45	2,62	2,72	2,72	13,99
Steuervereinfachungsgesetz (m. FinanzausgleichsG) Länder/Gemeinden zus.	zausgleichsG)		15				15
Gesetz z. steuerl. Förderung v. energetischen Sanierungsmaßnahmen			-0,27	-0,57	-1,16	-1,72	-3,72
Gesetz z. Abbau d. kalten Progression Länder/Gemeinden zus.				-6,85	-19,05	-22,21	-48,11
Auswirkungen d. Gesetzgebung 2011		3,48	12,05	-4,80	-17,49	-21,21	-27,97

Gemeinden		Gesetzgebung 2010	ng 2010				Anlage 10
		(Steuermehr-	(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)	nahmen (-) in	Mio. €)		
Jahressteuergesetz 2010	2010 €	2011 € -0,75	2012 € -0,69	2013 € -0,33	2014 € -0,33	2015 € -0,33	gesamt € -2,43
Gesetz z. Umsetzung steuerl. EU-Vorgaben sowie z.Änd. steuerl. Vorschriften	60'0-	-0,08	-0,11	-0,13	-0,14		-0,55
Haushaltsbegleitgesetz 2011		0,31	0,32	0,32	0,27		1,22
Auswirkungen d. Gesetzgebung 2010	60'0-	-0,52	-0,48	-0,14	-0,20	-0,33	-1,76
	2010 €	<b>Gesetzgebung 2011</b> 2011 201€	<b>ng 2011</b> 2012 €	2013 €	2014 €	2015 €	gesamt €
Gesetz z. steuerl. Förderung v. energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden			-0,12	-0,30	-0,60	-0,84	-1,86
Auswirkungen d. Gesetzgebung 2011			-0,12	-0,30	-0,60	-0,84	-1,86